

Integrierte und strategische Sozialplanung als Instrument der Armutsbekämpfung



Foto: picture alliance/dpa/Peter Kneffel

Das Thema Armut in Deutschland rückt seit einigen Jahren zunehmend in den öffentlichen Fokus. Regelmäßig legen Berichte und Stellungnahmen unterschiedlicher Institutionen dar, dass die Zahl der armen Menschen in Deutschland ansteigt, obwohl sich die wirtschaftliche Situation des Landes insgesamt verbessert. Besonders auffällig dabei: Die Armut in den Regionen ist sehr unterschiedlich verteilt. Neben den regionalen Disparitäten gibt es auch erhebliche Unterschiede innerhalb der einzelnen Städte und Gemeinden. Der „Sozialbericht NRW 2016“ zeigt, dass die räumliche Verteilung von SGB II-Beziehenden innerhalb der Kommunen wesentlich ungleichmäßiger ist als zwischen den Kommunen in Nordrhein-Westfalen (vgl. Sozialbericht NRW 2016: 89). Arme und von Armut bedrohte Menschen leben also häufig konzentriert in bestimmten Teilräumen einer Stadt, unabhängig davon, ob die Stadt auf städtischer Ebene eine hohe SGB II-Quote aufweist oder nicht. Sie werden aufgrund ihres sozialen Status wie auch ihres Wohnortes von der „Außenwelt“ oft als abgehängt wahrgenommen und diffamiert. Dieser Mangel an Achtung kann die betroffenen Menschen unsicher, isoliert und krank machen sowie die Fähigkeit, eigenständig Wege und Möglichkeiten zu eruieren, einschränken. Eine solche negative Stereotypisierung kann zu einem negativen Selbstbild führen und den Ausbruch aus der Armutsspirale erschweren.

Dabei sollte Armut nicht ausschließlich als materielle Armut, nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut, bei dem Armut in Relation zur mittleren Einkommenssituation in der jeweiligen Region definiert wird, aufgefasst, sondern multidimensional betrachtet werden. Neben den knappen finanziellen Mitteln sind auch die Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und sozialen Netzwerken für von Armut betroffene Menschen häufig erschwert. Mit sozialen Netzwerken sind sowohl solche gemeint, die als ökonomisch verwertbar gelten können als auch solche, die den Menschen eine Anbindung und eine Möglichkeit zum Austausch bieten. Diese oftmals erschwerten oder fehlenden Zugänge bilden gleichzeitig zentrale Anknüpfungspunkte für eine kommunale Strategie zur Armutsbekämpfung, da sie im Gegensatz zu vielen anderen Faktoren, die auf europäischer, Bundes- und Landesebene angegangen werden müssen – zum Beispiel im Rahmen der Bildungspolitik oder die Höhe von Transferleistungen – durch die Kommune gesteuert werden können. Eine integrierte und strategische Sozialplanung kann hier ein wesentliches Instrument zur Armutsbekämpfung sein, da sie im Einflussbereich der Kommune liegt und durch sie selbst gestaltet werden kann.

Sozialplanung als notwendige Aufgabe der Kommunalverwaltung

Die Zielstellung besteht darin, durch kommunale Planung sozialpolitische Prozesse (mit) zu gestalten und dadurch die Teilhabechancen der betroffenen Menschen zu erhöhen und gleichwertige Lebensverhältnisse vor Ort herzustellen. Strategisch und integriert bedeutet, dass die Sozialplanung alle Fachbereiche der kommunalen Ver-

waltung sowie Politik, Wohlfahrt und Zivilgesellschaft in den Entscheidungs- und Handlungsprozess mit einbezieht und einen aktiven, langfristigen und vorausschauenden Ansatz verfolgt. Dazu werden kleinräumige Kenntnisse über die unterschiedlichen Bedingungen innerhalb einer Kommune benötigt. Durch die Analyse ausgewählter sozialstatistischer sowie qualitativer Daten können unterschiedliche Herausforderungen in den heterogenen Sozialräumen identifiziert werden. Basierend auf den kleinräumigen Kenntnissen gilt es, gemeinsam Strategien und Lösungsansätze zu entwickeln, um die Sozialräume aufzuwerten und die Teilhabechancen der Anwohnerinnen und Anwohner zu erhöhen. Dem Aufbau von Kooperationen und Netzwerken innerhalb der Kommune sowie mit externen Partnerinnen und Partnern und den Bürgerinnen und Bürgern kommt ebenfalls eine hohe Bedeutung zu.

Große Herausforderungen erfordern komplexe Lösungen

Aufgrund komplexer Herausforderungen vor Ort sind komplexe Lösungsstrategien erforderlich, die nicht mehr ausschließlich durch einzelne Fachbereiche zu bewerkstelligen sind. Das gemeinsame Ziel besteht darin, den Menschen in den Quartieren ein anregendes Umfeld zu schaffen und eine Abwertung aufgrund der eigenen Herkunft – sowohl sozial als auch räumlich betrachtet – zu verhindern. Um dies erreichen zu können, gilt es, einen positiv ausgerichteten Prozess, der Aufbruch, Gestaltung und Weiterentwicklung ermöglicht, anzustoßen. Dabei werden die heterogenen Bedingungen innerhalb einer Kommune gemäß dem Leitgedanken „Ungleiches ungleich behandeln“ berücksichtigt. Diesem Leitgedanken folgend wird Sozialplanung

nicht auf die Erhebung und Auswertung von statistischen und qualitativen Daten reduziert, sondern als Motor und Klammer für die Entwicklung von Handlungsstrategien und passgenauen Maßnahmen auf Quartiersebene verstanden.

Zusätzlich stellt Kooperationsmanagement ein wesentliches Instrument der Sozialplanung dar. Damit verbunden sind sowohl inhaltliche als auch strukturelle und prozessbezogene Anforderungen. Die interdisziplinäre und fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit zu organisieren ist ebenso Teil des Kooperationsmanagements, wie ein lösungsorientiertes Vorgehen bei möglichen konträren Interessen der Akteure. Für das komplexe Zusammenspiel müssen in der Kommune unterschiedliche Ressourcen und Kapazitäten auf mehreren Ebenen bereitgestellt beziehungsweise aufgebaut werden.

Strategien und Ansätze in den Kommunen

Auf den folgenden Seiten erhalten Sie einen Einblick in die soziale Lage von ausgewählten Kommunen in Nordrhein-Westfalen und erfahren mehr über die vielfältigen Maßnahmen vor Ort zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Wir blicken unter anderem nach Wuppertal, einer Stadt in der die Armutsquote von Kindern und Jugendlichen 30 Prozent beträgt, in vielen Quartieren sogar über 40 Prozent. Im G.I.B.-Interview berichten Dr. Andreas Kletzander, Vorstand für Arbeitsmarkt und Kommunikation, und Erik Christian Schönenberg, Fachkraft Referat „Wirtschaft und Projekte“ vom Jobcenter Wuppertal, sowie Christine Roddewig-Oudnia, Leiterin des Ressorts „Kinder, Jugend und

Familie – Jugendamt“ bei der Stadt Wuppertal, von der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und der aufsuchenden Arbeit im Quartier und erläutern unter anderem die große Bedeutung von Partizipation als Voraussetzung für das Gelingen präventiver Aktivitäten.

Der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Thomas Kufen, und der Sozialdezernent der Stadt Gelsenkirchen, Luidger Wolterhoff, schildern die besonderen Herausforderungen in den beiden Ruhrgebietsstädten und legen jeweils ihre Ansätze im Kampf gegen Armut dar.

In einem Gespräch mit Markus Fischer, dem Sozialdezernenten des Rheinisch-Bergischen-Kreises werden die besonderen Rahmenbedingungen einer Sozialplanung auf Kreisebene deutlich.

Beispiele von konkreten Maßnahmen vor Ort, die dazu angelegt sind, Ungleichheiten zu überwinden und Teilhabechancen zu verbessern, runden das Schwerpunktthema ab. Wir stellen Ihnen die FABIDO-Kita-Bornstraße in der Dortmunder Nordstadt mit dem Netzwerk INFamilie vor, welche im aktuellen Jahr den Deutschen Kita-Preis gewonnen hat, eine Auszeichnung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung für „die Qualität der frühkindlichen Bildung und das Engagement der Menschen, die tagtäglich in Kitas zeigen, wie gute Qualität vor Ort gelingt“. Außerdem erhalten Sie Eindrücke von der Arbeit des ersten Familienzentrums an einer Grundschule in Gelsenkirchen, dem Familienzentrum an der Sternschule, das sich zum Ziel gesetzt hat, allen Kindern trotz unterschiedlicher Voraus-

setzungen vergleichbar gute Bildungschancen zu ermöglichen. Schließlich blicken wir nach Dormagen auf die Arbeit der Jugendberufshilfe der Stadt, die mit dem „Dormagener Weg“ den Übergang von jungen Menschen in das Arbeitsleben unterstützt.

Team Armutsbekämpfung und Sozialplanung in der G.I.B.

Das multiprofessionelle Team Armutsbekämpfung und Sozialplanung wurde von der G.I.B. und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen eingerichtet, um Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg einer integrier-

ten, strategischen Sozialplanung zu unterstützen und zu begleiten, sowohl durch individuelle Beratung als auch Fachveranstaltungen, Qualifizierungen und Veröffentlichungen. Aktuelle Veranstaltungstermine zum Themenbereich erhalten Sie auf der Homepage der G.I.B. Das Angebot des Teams ist kostenfrei. Das Team freut sich auf Ihre Kontaktaufnahme.

Hinweis: Vertiefte Einzelheiten zu dem Prozess der integrierten, strategischen Sozialplanung werden Ende 2019/Anfang 2020 im Rahmen einer Veröffentlichung des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales allen Interessierten zur Verfügung stehen.

ANSPRECHPERSONEN IN DER G.I.B.

Zentral: sozialplanung@gib.nrw.de

Dr. Frank Nitzsche (Projektleiter), Tel.: 02041 767157, f.nitzsche@gib.nrw.de

Denise Anton, Tel.: 02041 767262, d.anton@gib.nrw.de

Lisa Bartling, Tel.: 02041 767263, l.bartling@gib.nrw.de

Lars Czommer, Tel.: 02041 767254, l.czommer@gib.nrw.de

Susanne Marx, Tel.: 02041 767201, s.marx@gib.nrw.de

Ann-Kristin Reher, Tel.: 02041 767261, a.reher@gib.nrw.de

Tim Stegmann, Tel.: 02041 767264, t.stegmann@gib.nrw.de

AUTOREN

Denise Anton, Tel.: 02041 767262, d.anton@gib.nrw.de

Carsten Duif, Tel.: 02041 767178, c.duif@gib.nrw.de

LITERATUR

Fink, Phillip; Hennicke, Martin; Tiemann, Heinrich (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn.

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2016): Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht. Analysen-Maßnahmen-Ergebnisse. Düsseldorf.

Schuster, Nina; Volkmann, Anne (2019): Lebenschancen im Quartier. Der Einfluss des Wohnortes auf die Lebensgestaltung der Bewohner_innen und kommunale Handlungsspielräume. FGW-Impuls Integrierende Stadtentwicklung 15.